



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 09.11.2011

ÖFFENTLICH

TOP 1

STEP Neckarweihingen - Standort Supermarkt
und Schulentwicklung

Vorl.Nr. 431/11

Abweichender Beschluss:

1. Die Beantwortung des Fragenkataloges von Gemeinderat und Stadtteilausschuss wird zur Kenntnis genommen.
2. Dem Vorschlag zum weiteren Verfahren wird zugestimmt. Vor den nächsten Beratungen werden weitere Informationen vorgelegt.
3. Vor Planung und Bau einer Schule in Neckarweihingen müssen die Ergebnisse und Vorschläge des Schulentwicklungsplans berücksichtigt werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss des BSS am 09.11.2011 wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt den Stadtteilausschuss Neckarweihingen. Er erläutert einleitend, dass für den Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales insbesondere die Frage nach dem Schulstandort in Neckarweihingen von hoher Bedeutung sei. Davon seien die Weiterentwicklung sowie die Standortfrage des Kinder- und Familienzentrums Neckarweihingen abhängig. Die Verwaltung spreche sich dafür aus, die komplette Schule künftig am Standort Schwarzwaldstraße zu betreiben und diese auch für die Ganztagesbetreuung auszustatten. Am Standort Schwarzwaldstraße sei dies für die komplette Grundschule sowie die einzügige Sekundarstufe 1 realisierbar, selbst bei Weiterentwicklung zu einer Werkrealschule. Diese Entscheidungen müssten aber im Rahmen des Schulentwicklungsplanes getroffen werden. Fest stehe jedoch, dass die Schwarzwaldstraße als Schulstandort, auch bei Realisierung eines Supermarktes, alles leisten könnte was für einen Schulstandort notwendig sei.

Stadträtin **Kopf** hält in der nachfolgenden Aussprache das Thema weiterhin für eine sehr wichtige Aufgabe, die für die Entwicklung des Stadtteils hohe Priorität habe. Sie befürwortet, dass das Thema inzwischen sachlich betrachtet werde und unterstützt das angestrebte Verfahren. Den Stimmen der ortsansässigen Bevölkerung entnehme sie, dass bezüglich des Supermarktes ein Vollsortimenter gegenüber einem Discounter klar den Vortritt haben müsse. Umstritten sei jedoch nach wie vor der Standort.

Wichtig für die Entscheidung sei außerdem die Schulentwicklung. Man müsse sich die Frage stellen, wie die Schullandschaft Neckarweihingen in 10 Jahren aussehen könnte. Die heutige Grund- und Hauptschule habe dringenden Raumbedarf für eine Ganztagesbetreuung. In Bezug auf die Bürgerbeteiligung in Neckarweihingen gebe es aus ihrer Sicht noch Diskussionsbedarf. Sie hoffe auf gute Ideen, um den Prozess erfolgreich zu gestalten und eine den Bürgern gerecht werdende Lösung zu finden. Weiter mahnt Stadträtin Kopf an, dass weder im Haushalt 2012 noch im Investitionsplan Gelder veranschlagt seien. Sie spricht sich deutlich für ein zügiges Vorgehen und eine zeitnahe Entscheidung aus. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die Schule an der Schwarzwaldstraße sanierungsbedürftig sei, Räume für Ganztagesbetreuung fehlten, Brandschutzmaßnahmen getroffen werden müssten und dringender Bedarf an U3-Plätzen bestehe. Eine zügige Entscheidung sei auch deshalb von hoher Bedeutung, da der Ausbau von U3-Plätzen vom Standort der Schule abhängen würde.

Für Stadtrat **Dr. Bohn** steht im Ausschuss Bildung, Sport und Soziales die Frage nach der Schulentwicklung und dem Schulstandort im Mittelpunkt. Die Lösung „Kombistandort“ könne er sich nur schwer vorstellen. Positiv betrachte er, dass man nicht alternativlos sei, sondern es mehrere Möglichkeiten sowohl für den Supermarktstandort als auch für die Schule gebe. Er gehe davon aus, dass man sich einig darüber sei, dass es einen einheitlichen Schulstandort geben müsse. Entscheidend sei, welche Schule künftig in Neckarweihingen gebraucht werde. Je nach Variante halte er als Standort auch die Neue Straße für denkbar, tendiere jedoch eher zur Schwarzwaldstraße. Um die Frage beantworten zu können, welche Schule gebraucht werden wird, sei es wichtig, den Schulentwicklungsplan Ludwigsburg fortzuschreiben, da dieser die Basis für die zu treffende Entscheidung darstelle. Diese Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes müsse zwingend an die Diskussion des Schulstandortes gekoppelt und dies auch so in die Beschlussfassung aufgenommen werden.

Stadtrat **Glasbrenner** stimmt seinem Vorredner zu und betrachtet den Schulentwicklungsplan ebenfalls als wichtigen nächsten Schritt. Er spricht sich insbesondere dafür aus, die Wirtschaftlichkeit für einen Supermarkt frühzeitig zu prüfen und betrachtet die Bürgerbeteiligung als wichtiges Anliegen von Verwaltung und Gemeinderat. Er wünscht sich außerdem detailliertere Informationen insbesondere auch über die Finanzierung und beantragt, in Ziffer 2 des Beschlussvorschlages ergänzend aufzunehmen, dass weitere Informationen vorgelegt werden.

Stadträtin **Klett-Heuchert** befürwortet den Vorschlag der Verwaltung und gewährt einem integrierten Standort den Vorzug. Diese Entscheidung sei ein positives Signal für den Schulstandort Neckarweihingen, an dem es eine Schule geben müsse, die den zukünftigen Erfordernissen gerecht werde. Dies hänge jedoch noch von verschiedenen Faktoren wie beispielsweise dem Schulentwicklungsplan, den Entscheidungen der Landesregierung, den Lehrern vor Ort und dem Schulträger ab. Sie spricht sich für eine umfassende Information und Beteiligung der Bevölkerung über die Entscheidungsmöglichkeiten aus. Insbesondere die Fußläufigkeit betrachtet sie als Chance, die die Lebensqualität im Stadtteil steigern könnte.

Für Stadtrat **Heer** stehen die ungewissen schulpolitischen Entwicklungen und dabei insbesondere das Thema der Gemeinschaftsschulen im Kern der Entscheidung. Er warnt vor dem Hintergrund rückläufiger Schülerzahlen und wandelnder Schullandschaft davor, am Bedarf vorbei zu planen. Gegebenenfalls komme kein Hauptschulzug zu Stande oder eine Gemeinschaftsschule fände keine Akzeptanz. Er könnte sich auch vorstellen, dass eine Sanierung der Grundschule gegebenenfalls ausreichen könnte. In Bezug auf den Supermarktstandort zweifelt Stadtrat Heer an, dass Großeinkäufe zu Fuß erledigt werden würden und weist vor diesem Hintergrund auf drohende Lärmbelästigung durch Verkehr hin. Er spricht sich zudem für ein transparentes und objektives Abstimmungsverfahren unter Beteiligung der Bürgerschaft aus und befürwortet ebenfalls, dass die Ergebnisse aus der Schulentwicklungsplanung in die Entscheidung einfließen müssten.

Stadträtin **Lange** ist der Meinung, dass die generelle Schulentwicklung zunächst abgewartet werden müsse. In der Zwischenzeit schlage sie vor, die Schule an ihrem gegenwärtigen Standort

zu belassen, diese zu sanieren und um Räumlichkeiten für Ganztagesbetreuung zu erweitern. Sie gehe davon aus, dass sich die Schule hin zu einer Gemeinschaftsschule entwickeln möchte und halte die Sanierung sowie einen Ausbau in Stufen für sinnvoll. Die Kombination aus Schul- und Supermarktstandort lehne sie entschieden ab, ebenso betrachte sie den Standort Schwarzwaldstraße für den Supermarkt generell als kritisch.

EBM **Seigfried** betont die positive Situation für den Gemeinderat und den Stadtteil Neckarweihingen. Selten habe man sowohl über einen Supermarktstandort als auch über die Entwicklung als Schulstandort Entscheidungsspielraum gehabt. Er sagt in diesem Zusammenhang die Beantwortung einiger in der Sitzung aufgetretener Fragestellungen aus der Mitte des Gremiums bereits für die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt am 10.11.2011 zu.

Das Ergebnis der Beratung zusammenfassend stellt EBM **Seigfried** abschließend den Beschlussvorschlag der Vorl.Nr. 431/11 abweichend unter Ergänzung um Satz 2 in Ziffer 2 und unter Hinzufügung von Ziffer 3, im Gremium zur Abstimmung.

TOP 2

"Schulcampus Innenstadt/Ergebnis der Bedarfsprüfung Schul- und Vereinsbad / Raumkonzept" - Raumprogrammabschluss - Grundsatzbeschluss - Planungswettbewerb

Vorl.Nr. 199/11

Beratungsverlauf:

Das Gremium erhält die Mitteilungsvorlage Nr. 476/11 als Tischvorlage ausgeteilt.

Seitens der Fraktion der Freien Wähler wird im Sachzusammenhang ein Antrag bezüglich einer Erweiterung des Wettbewerbs beim Schul- und Vereinsbad gestellt, siehe Vorlage Nr. 486/11.

EBM **Seigfried** verweist einleitend auf die dem Gremium vorliegenden Beratungsunterlagen und erläutert die Situation. Aus Sicht der Verwaltung sei der Neubau eines Schul- und Vereinsbades sinnvoll. Dieser Neubau verbessere die Qualität sowie den Nutzungsumfang des Schwimmbades für Schulen und Vereine deutlich und sei zudem für die Stadtwerke ein wirtschaftlicher zu betreibendes Bad. Da der künftige Innenstadtcampus ausschließlich aus weiterführenden Schulen bestehe, rücke die Ganztageschule für die circa 4.000 Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt. Beim Mensabetrieb sei man bereits an der Kapazitätsgrenze angelangt. Bisher würden jedoch lediglich 10% der Schülerinnen und Schüler am Essensbetrieb der Mensa teilnehmen. Er gehe mittelfristig davon aus, dass sich diese Nachfrage noch deutlich steigern werde und halte das alte Stadtbad für einen denkbaren Standort einer „Mensa II“. Vergleiche mit anderen Kommunen bestätigten die Erkenntnis der zunehmenden Nachfrage, die bei Ganztageschulen insgesamt auf etwa 30-40% ansteigen könnte. EBM **Seigfried** erläutert weiterhin denkbare Entwicklungen und geht dabei insbesondere auf den Ausbau zu Ganztageschulen, Gemeinschaftsschulen oder die Elly-Heuss-Knapp Realschule ein. Er betont, dass diese Entwicklungen noch nicht abzuschätzen seien, sondern sich diese erst in den nächsten 1-2 Jahren in der Schulentwicklungsplanung abzeichnen würden. Deshalb könne zum jetzigen Zeitpunkt insbesondere bezüglich der Verwendung des alten Stadtbades keine definitive Entscheidung getroffen werden. Wichtig sei jedoch zum jetzigen Zeitpunkt, zumindest einen Teil der Entwicklung einzuleiten. Dies bedeute, das Stadtbad auf Grund seines Sanierungsbedarfs zu schließen und ein neues Bad zu planen. Mittelfristig würde man sich dann dem leer stehenden Gebäude des alten Stadtbades zuwenden und entsprechend dem Bedarf der Ganztagesbetreuung

eine Entscheidung treffen.

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) merkt an, dass es wichtig sei, frühzeitig festzulegen, wie groß das Bad sein müsste, damit der Wettbewerb um das Schwimmbad ausgeschrieben werden könne.

Herr **Lämmermeier** (FB Bildung, Familie, Sport) fügt hinzu, dass in einem neuen Bad sechs Schwimmbahnen möglich seien inklusive einer Schwimmbahn mit der Länge 25m. Dies ermögliche, mehrere Schulklassen unterzubringen. Im Gegensatz zu gegenwärtig einer Schulklasse könnten dann zwei bis drei Schulklassen gleichzeitig Schwimmunterricht erhalten. Deutliche Vorteile ergäben sich durch das neue Bad für die Schulen in der Innenstadt. Durch weite Wege zum Stadionbad würde von zwei Schulstunden lediglich eine Schwimmzeit von etwa 40 Minuten zum tatsächlichen Schwimmen zur Verfügung stehen. Die Auslastung des neuen Bades in der Innenstadt wäre gegeben. Wichtig sei es, das Stadionbad sowohl tagsüber als auch in den Abendstunden zu entlasten. Er betont jedoch, dass die Klassen, deren Schule sich in der Nähe des Stadionbades befinde, weiterhin die dortige Schwimmgelegenheit nutzen würden.

Frau **Wächter** (Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH) erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation, dass es für die Stadtwerke zwei zentrale Handlungsfelder gebe. Dies seien zum einen das marode und sanierungsbedürftige Stadtbad in der Innenstadt und zum anderen die Tatsache, dass es im Stadionbad zu wenige Öffnungszeiten für öffentliche Schwimmer gebe. Sie schildert die Situation im Stadionbad und geht dabei darauf ein, dass gegenwärtig vermehrt Gruppen abgewiesen werden müssten und lediglich ein Abend pro Woche für öffentliche Nutzer zur Verfügung stünde. Dies führe dazu, dass man potenzielle Besucher an andere Kommunen verliere. Weiter führt Frau **Wächter** verschiedene Varianten für das weitere Vorgehen aus.

Zum Thema Wirtschaftlichkeit ausführend bestätigt Herr **Klotz** (Klotz und Partner GmbH), dass das Stadionbad durch die Nutzung von Schulen und Vereinen sehr stark ausgelastet sei. Eine Besucherzahl von 170.000 mache aber deutlich, dass das Stadionbad sehr attraktiv sei. Er führt aus, dass bei einer Erweiterung der Öffnungszeiten mit einem Nutzerzulauf von circa 30.000 Besuchern gerechnet werden könnte. Dabei insgesamt kalkuliert mit einer Kostenverbesserung um ca. 100.000 €.

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) geht auf den seitens der Fraktion der Freien Wähler gestellten Antrag ein und führt denkbare Möglichkeiten aus. Sie erklärt, dass es für ein optimales Ergebnis wichtig sei, sich für eine Variante zu entscheiden und mit dieser den Wettbewerbsprozess anzustoßen.

Für Stadtrat **Meyer** stellt sich insbesondere die Frage nach der Finanzierbarkeit. Er schlägt vor, das Projekt noch etwas zu verschieben und beispielsweise im Zusammenhang mit der Haushaltsplanung 2013 zu beraten. Der Bedarf eines Bades für Schul- und Vereinssport bestehe unstrittig, jedoch könnten wichtige Investitionen und damit hohe Lasten nicht auf Tochtergesellschaften verlagert werden. Man könne die Nutzung des alten Stadtbadgebäudes nicht von der Planung eines neuen Gebäudes trennen. Es gäbe außerdem viele weitere bedeutende Projekte in der Stadt, die noch davor finanziert werden müssten.

Stadtrat **von Stackelberg** betont den Mehrwert für die gesamte Bevölkerung, da diese von einer breiteren Nutzungsmöglichkeit des Stadionbades profitieren würde. Schul- und Leistungssport sei sehr wichtig und derart lange Rüstzeiten für die Schüler nicht tragbar. Er mahnt an, dass die Planung des Stadtbades bereits frühzeitig mit der Schulentwicklungsplanung und der Planung des Innenstadtcampus hätte angestellt werden müssen. Ein Anbau an das bestehende Stadtbad stelle für seine Fraktion keine überzeugende Alternative dar, weshalb man sich einheitlich für einen Neubau ausspreche. Für die Verwendung des alten Stadtbades könne man sich eine Vielzahl von Nutzungsmöglichkeiten für schulische Bedarfe vorstellen insbesondere eine Mensa, eine Bibliothek oder Räumlichkeiten für die Schulsozialarbeit. Kritisch betrachtet würde hingegen, dass es im Innenstadtcampus bereits eine

starke Verdichtung gebe und wünsche sich, diese beim weiteren Vorgehen möglichst gering zu halten.

Stadtrat **Kirnbauer** warnt davor, dass das Bad teurer als geplant werden könnte und mahnt an, dass die Stadt Ludwigsburg die Kosten für das alte Bad tragen müsse. Er frage sich, wie die spätere Nutzung des alten Stadtbades aussehen könnte, was dies koste und wie man dies mit dem Denkmalschutz vereinbaren könne. Er wünscht sich eine konkrete Kostengegenüberstellung als Entscheidungsgrundlage.

Stadtrat **Dr. Vierling** sieht die Notwendigkeit und die Möglichkeit, den Schwimmsport in Ludwigsburg weiter zu optimieren. Für ihn steht im Zentrum der Entscheidung ein Gesamtbäderkonzept, das die Frage des Schul- und Vereinsschwimmens beinhalte und neben dem veralteten alten Stadtbad alle weiteren Bäder Ludwigsburgs umfasse. Er führt aus, dass vor einer Entscheidung eine weitere Beratung notwendig sind.

Stadtrat **Heer** sieht die Notwendigkeit neuer Schwimmmöglichkeiten und kann grundsätzlich akzeptieren, dass dies mit dem alten Stadtbad auf Dauer nicht zu realisieren ist. Die kurzfristige Schließung des alten Stadtbades auf Grund von Sicherheitsmaßnahmen wäre fatal. Den geplanten Wettbewerb befürwortet er. Sorgen bereite ihm jedoch die zukünftige Nutzung des alten Stadtbades und deren Finanzierung. Er wünscht sich nähere Informationen zu denkbaren Alternativen sowie über deren Kosten und möchte so lange noch keine Entscheidung treffen.

Für Stadträtin **Lange** ist der Bedarf eines neuen Schwimmbades für Schul- und Vereinssport eindeutig. Sie wünscht sich jedoch zeitgleich mit dem neuen Stadtbad schriftliche und konkrete Gedanken darüber, was mit dem alten Stadtbad passieren soll. Sie äußert die Befürchtung, dass die Weiterentwicklung des alten Stadtbades in Vergessenheit geraten könnte.

EBM **Seigfried** fasst zusammen, dass das alte Stadtbad marode, eine sinnvolle Sanierung des alten Stadtbades nicht möglich und deshalb ein neues optimiertes Bad im Campus an dieser Stelle notwendig sei. Darin sehe er die Vorteile einer Verbesserung der Schwimmmöglichkeiten für Schulen und Vereine, eine Verbesserung der öffentlichen Nutzung für das Stadionbad und Einsparmöglichkeiten für die Stadtwerke Ludwigsburg. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sei noch unklar, was genau aus dem alten Stadtbad gemacht werden solle. Jedoch werde nach der Tendenz der Entwicklungen eine Mensa II im Zeithorizont 2015-2020 notwendig werden und diese lediglich an diesem Standort realistisch. Sinnvoll sei, das alte Stadtbad dann umzugestalten, wenn der genaue Bedarf ermittelt sei und trotzdem bereits jetzt den Prozess für ein neues Stadtbad zu starten.

Stadtrat **Kromer** erinnert daran, dass bereits zu früheren Zeiten Investitionen getätigt wurden, obwohl die Haushaltslage nicht ideal gewesen sei. Deshalb halte er nichts davon, länger abzuwarten. Er fände es fatal, wenn das Stadtbad geschlossen werden müsse und die Schüler dann keinen Schwimmunterricht mehr wahrnehmen könnten. Stadtrat Kromer spricht sich deutlich für den Bau eines neuen Stadtbades aus und erläutert verschiedene Vorzüge, die daraus entstehen würden. Schwimmen sei ein wichtiger Bestandteil im Ganztagesbetrieb. Im alten Stadtbad halte er viele verschiedene Varianten für denkbar und führt als Beispiele Suchtprävention durch das Gesundheitsamt oder Beratung durch das Arbeitsamt an.

Stadtrat **Glasbrenner** betont, dass man sich nicht gegen den Schul- und Vereinssport aussprechen wolle, sondern an die Haushaltslage erinnern und vor Stückwerken warnen möchte. Dies sei auch die Begründung für den Antrag seiner Fraktion.

EBM **Seigfried** schlägt vor, das Thema nochmals zu vertagen und dem Gremium die Verarbeitung der kompletten Informationsgrundlagen zu ermöglichen, um eine gute Entscheidung treffen zu können.

Stadträtin **Moersch** sieht die Situation der beengten Mensa und die Notwendigkeit des Ersatzes für

das sanierungsbedürftige Schwimmbad. Sie wünscht sich Informationen über die Sicherung des alten Gebäudes und erhofft sich, durch eine eventuelle Sanierung Zeit zu gewinnen.

EBM **Seigfried** erklärt, dass es nicht möglich sei, kurzfristig ein Konzept für die Verwendung des alten Stadtbades als Entscheidungsgrundlage zu liefern. Zum Verfahren führt er aus, dass heute keine Beschlussfassung über die vorliegende Beschlussvorlage Nr. 199/11 stattfinde. Eine weitere Beratung der Thematik und Richtungsentscheidung erfolge im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales am 30.11.2011.

TOP 2.1	Schul- und Vereinsbad im Schulcampus Innenstadt	Vorl.Nr. 449/11
---------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2, Vorl.Nr. 199/11.

TOP 2.2	Schul- und Vereinsbad im Schulcampus Innenstadt - Beantwortung der offenen Fragen	Vorl.Nr. 476/11
---------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Das Gremium erhält die Mitteilungsvorlage Nr. 476/11 als Tischvorlage ausgeteilt.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2, Vorl.Nr. 199/11.

TOP 2.3	Antrag der FW-Fraktion vom 06.11.2011	Vorl.Nr. 486/11
---------	---------------------------------------	-----------------

Beratungsverlauf:

Der Antrag der FW-Fraktion vom 06.11.2011, Vorl.Nr. 486/11 wird im Rahmen der Beratung des Tagesordnungspunktes 2 in der Sitzung des BSS am 09.11.11 im Sachzusammenhang gestellt.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2, Vorl.Nr. 199/11.

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 3, 3.1, 3.2 und 3.3, Vorl.Nr. 457/11, 454/11 und 434/11 werden im Sachzusammenhang gemeinsam beraten.

EBM **Seigfried** verweist einleitend auf die dem Gremium vorliegenden Beratungsunterlagen und begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Unternehmerinnen der Kinderbetreuungseinrichtung „UKI“. Er macht deutlich, dass es schwierig sei, den Rechtsanspruch für Kinder unter drei Jahren bis 2013 zu erfüllen. Die bisherige Ausbau- und Betreuungspolitik bewertet er positiv und geht dabei insbesondere auf Aus- und Umbaumaßnahmen ein. Besonders positiv betrachtet er die Entwicklung der Kindertagesstätten und hält diesen Bereich für noch weiter ausbaufähig. Insbesondere vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels in der Kinderbetreuung sei dies ein zukunftsfähiges Modell.

Frau **Schober** (FB Bildung, Familie, Sport) schildert anhand einer Powerpoint-Präsentation mit einem Überblick die aktuelle Situation und die künftigen, bereits beschlossenen Veränderungen im Kinderbetreuungsbereich. Sie erklärt, dass nach 2013 jedoch noch weitere Maßnahmen erforderlich sein werden, um die gesetzten Ziele zu erreichen. Zudem bestehe insbesondere in den Stadtteilen Hoheneck und Oßweil noch Handlungsbedarf.

In der nachfolgenden Aussprache betrachtet Stadträtin **Kopf** die dargelegten Zahlen als gute Grundlage für weitere Planungen. Sie sieht den demographischen Wandel als Chance, andere Betreuungsangebote wie zum Beispiel die Kindertagesstätten, anzubieten und zu installieren. Das Instrument des Platzsharing hält sie für zukunftsfähig und wünscht sich dazu noch Unterstützung und Informationen für die Praxis, da dies noch nicht etabliert sei. In Bezug auf TOP 3.2. bewertet sie es äußerst positiv, dass, ohne eigene Investitionen zu tätigen, 30 Betreuungsplätze in die Bedarfsplanung aufgenommen werden könnten. Kritisch hinterfragt sie die gegenwärtigen geringen Kinderzahlen und wünscht sich, die Einrichtung besichtigen zu dürfen.

Stadtrat **Daferner** hält eine gezielte Förderung der Stadtteile Hoheneck und Oßweil für richtig. Er hofft, dass für die Ganztagesbetreuung in Hoheneck bald eine andere Lösung gefunden werden könne und diese Räumlichkeiten dann für die Kinderbetreuung zur Verfügung stünden. Der heutige Beschluss sei ein weiterer wichtiger Schritt, dem Rechtsanspruch Genüge zu tun. Diese Entwicklung betrachte er als positiv.

Stadtrat **Dr. Vierling** spricht sich trotz prognostiziertem Rückgang der Geburtenrate dafür aus, den Ausbau für die U3- Betreuung weiter fortzuführen und diese flexibel zu gestalten. Dazu tragen die Kindertagesstätten bei. Den gewünschten Betreuungszeiten der Eltern nachzukommen hält er für außerordentlich wichtig und bewertet vor diesem Hintergrund Platzsharing positiv. Er betrachtet weitere Plätze durch private Träger positiv und spricht sich dafür aus, diese Träger mit Blick auf gleichwertige Qualitätsstandards mit in die Trägerkonferenz aufzunehmen.

Stadtrat **Heer** bewertet die Entwicklung ebenfalls positiv und wünscht sich, dass weitere Ludwigsburger Betriebe sich dem Aufbau eines Betriebskindergartens annehmen. Dabei hat er besonders die Kreissparkasse Ludwigsburg im Blick.

EBM **Seigfried** hält diesen Auftrag insgesamt für wichtig und führt aus, dass die Stadt diesbezüglich seit vielen Jahren Engagement zeige. Er rät entschieden davon ab, gezielt einzelne Unternehmen anzusprechen.

Stadträtin **Lange** warnt beim Ausbau von Kinderkrippenplätzen davor, zu wenige Kindergartenplätze vorzuhalten. Sie erinnert an die hohen Anforderungen, die an Erzieherinnen

gestellt würden und zweifelt vor diesem Hintergrund an, ob das Personal in den Kindereinstern ausreichend qualifiziert sei.

Frau **Karcheter** (FB Bildung, Familie, Sport) führt aus, dass durch die Bezuschussung der Stadt die Elternbeiträge in der Betreuungseinrichtung „UKI“ gesenkt werden können. Außerdem benennt sie die gegenwärtig hohen Kindergartenbeiträge als Grund für die derzeitige geringe Anzahl an Nutzern.

Stadtrat **Heer** formuliert nachfolgend den Antrag, dass der BSS die Stadtverwaltung beauftragt, mit Firmen in der Stadt wie beispielsweise die Kreissparkasse Ludwigsburg, über die Möglichkeit der Errichtung eines Betriebskindergartens Gespräche zu führen und bittet um entsprechende Berücksichtigung bei der Beschlussfassung.

EBM **Seigfried** weist darauf hin, dass man seit langem mit diversen Firmen der Stadt in Kontakt sei. Er stellt darauf den Antrag von Stadtrat Heer im Gremium zur Abstimmung.

Dieser Antrag wird mit 1 Ja-Stimme, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

EBM **Seigfried** stellt sodann abschließend die Vorlagen Nr. 457/11, 454/11 und 434/11 nacheinander im Gremium zur Abstimmung.

TOP 3.1	Aktualisierung der Bedarfsplanung Ausbau Kleinkindbetreuung unter Einbeziehung von Umfrageergebnissen und demographischen Prognosen	Vorl.Nr. 457/11
---------	--	------------------------

Beschluss:

- 1) Der BSS nimmt den Bericht zur Kenntnis.
- 2) Der BSS beauftragt die Verwaltung weitere Maßnahmen im Umfang von 40 Plätzen zu planen. Dabei sind insbesondere die Stadtteile Oßweil und Hoheneck zu berücksichtigen.
- 3) Der BSS beauftragt die Verwaltung bis zum Frühjahr 2012 ein praxisorientiertes Konzept zum Platz-Sharing und zur Flexibilisierung zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Glasbrenner (entschuldigt)

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 3, 3.1, 3.2 und 3.3, Vorl.Nr. 457/11, 454/11 und 434/11 werden im Sachzusammenhang gemeinsam beraten.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 3.

TOP 3.2

Aufnahme der Kindertagesstätte Uki in die
Bedarfsplanung der Stadt Ludwigsburg ab 2012.
Förderung durch die Stadt Ludwigsburg gemäß §
8 KiTaG

Vorl.Nr. 454/11

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales beschließt, die private Kinderkrippe „Uki“, Kadenbach und Langjahr GbR, ab dem 01.01.2012 mit 30 Plätzen in die Bedarfsplanung der Stadt Ludwigsburg zum Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren aufzunehmen.
2. Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales beschließt bei der Bezuschussung des Trägers Kadenbach und Langjahr GbR eine Pauschalabrechnung anzuwenden. Hierbei werden die anerkannten Betriebskosten auf Basis der vom Städte- und Gemeindetag festgelegten Kosten/Platz errechnet. Die Träger erhalten für Betreuungsplätze für Kinder im Alter von 3-6 Jahren einen Zuschuss in Höhe von 63% der anerkannten Betriebskosten und für Kinder im Alter von 0-3 Jahren einen Zuschuss in Höhe von 68% der anerkannten Betriebskosten.
3. Der Zuschuss wird erstmalig im Jahr 2012 gewährt, vorbehaltlich der Bereitstellung der Mittel im Haushaltsplan 2012.
Die Kosten im Jahr 2012 in Höhe von maximal 198.233 € und ab dem Jahr 2013 in Höhe von maximal 130.026 € pro Jahr werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Glasbrenner (entschuldigt)

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 3, 3.1, 3.2 und 3.3, Vorl.Nr. 457/11, 454/11 und 434/11 werden im Sachzusammenhang gemeinsam beraten.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 3.

Beschluss:

Im Ev. Kinder- und Familienzentrum Kurfürstenstrasse wird eine Kindergartengruppe in eine Krippengruppe bei Gesamtkosten in Höhe von 50.000 € (35.000 € Baukosten und 15.000 € Innenausstattung) zum 01.04.2012 umgewandelt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Glasbrenner (entschuldigt)

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 3, 3.1, 3.2 und 3.3, Vorl.Nr. 457/11, 454/11 und 434/11 werden im Sachzusammenhang gemeinsam beraten.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 3.

Beschluss:

Der MTV erhält einen Zuschuss in Höhe von 20.000 Euro für die erhöhten Aufwendungen im Rahmen des Umbaus von Räumlichkeiten für eine altersgemischte Kindergartengruppe.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Glasbrenner (entschuldigt)

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** verweist einleitend auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 348/11.

In der nachfolgenden Aussprache wünscht sich Stadträtin **Steinwand** nähere Informationen über die entstandenen Mehrkosten insbesondere im Bereich Sanitär.

Stadtrat **Dr. Bohn** bemängelt die deutlich gestiegenen Kosten und zweifelt die nachträgliche amtliche Verordnung an.

Stadträtin **Lange** erkundigt sich, ob man auf die Anforderungen im Bereich des Brandschutzes bereits im Vorfeld hätte reagieren können.

Frau **Trenkle** (DII) führt aus, dass eine Fluchttreppe sowie eine Brandschutztüren nachgerüstet werden mussten. Außerdem habe das Gesundheitsamt aus Gründen der Arbeitssicherheit den Einbau einer Schallschutzdecke gefordert. Sie ist sich sicher, dass der MTV einen höheren Antrag auf Zuschuss gestellt hätte, wäre ihm dies im Vorfeld bekannt gewesen.

EBM **Seigfried** führt aus, dass im U3- Bereich erhöhte Sicherheitsmaßnahmen erforderlich seien. Dies liege beispielsweise daran, dass die Unter-Dreijährigen das Gebäude im Brandfall nicht selbständig verlassen könnten und außerdem erhöhte Hygienevorschriften für diese Kleinkinder gelten. Man habe erst Erfahrungen im U3-Bereich sammeln müssen und die erhöhten Anforderungen erst in der Nachschau erkennen können.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 348/11 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 3.5	Kinder- und Familienzentrum Poppenweiler - Raumprogramm - Grundsatzbeschluss - Vergabe der Architekten- und Ingenieurleistungen (Vorberatung)	Vorl.Nr. 404/11
---------	--	-----------------

Beschlussempfehlung:

1. Dem Raumprogramm für das Kinder- und Familienzentrum vom 30. September 2011 wird zugestimmt.
2. *verwiesen an BTU*
3. *verwiesen an BTU*
4. *verwiesen an WKV*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss im BSS am 09.11.2011 wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Glasbrenner (entschuldigt)

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** verweist einleitend auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 404/11 und führt aus, dass ein zügiges Vorgehen einen hohen Stellenwert habe, da man sonst den Bau nicht rechtzeitig abschließen könne. Die dort entstehenden Betreuungsplätze seien zur Erfüllung des Rechtsanspruches notwendig und bereits mit dem jetzigen Plan etwas verspätet. Außerdem stünden Gelder vom Bund in Höhe von 360.000 € in Aussicht, wenn das Vorgaben im angegebenen Zeitraum realisiert werden könne.

Stadtrat **Meyer** freut sich, dass das Projekt realisiert werden kann und wünscht sich künftig eine Lösung für die strittige Vereinsunterbringung sowie ein gutes Nachbarschaftsverhältnis.

Stadtrat **von Stackelberg** befürwortet das Projekt ebenfalls und findet es wichtig, langfristig für die Vereinsunterbringung eine gute Lösung zu finden. Er unterstützt einen schnellen Bezug und hofft, dass Verzögerungen vermieden werden können.

Stadtrat **Kirnbauer** schließt sich seinen Vorrednern an und wünscht sich ebenfalls, die Vereinsunterbringung bei künftigen Planungen zu berücksichtigen.

Stadträtin **Steinwand** gratuliert EBM Seigfried zu seinen guten Ideen und dem Erfolg der Kinder- und Familienzentren.

Stadtrat **Heer** erinnert an die schwierige Ausgangssituation und lobt umso mehr die gute Entwicklung. Er betrachtet die Entscheidung als positive Botschaft nach Poppenweiler.

Abschließend lässt EBM **Seigfried** über das Raumprogramm für das Kinder- und Familienzentrum abstimmen und stellt Ziffer 1 der Vorl.Nr. 404/11 im Gremium zur Abstimmung.

Die Beschlussfassung über die Ziffern 2 bis 4 erfolgt in den jeweiligen Fachausschüssen.

TOP 4 Ausbau der Ganztagesbetreuung an den
Ludwigsburger Schulen

TOP 4.1 Bildung und Betreuung - Bericht über den
qualitativen und quantitativen Ausbau der
Kernzeitenbetreuung sowie der Nachmittags-
und Spätbetreuung im Schuljahr 2010/11,
Erhöhung der Elternbeiträge für die
Kernzeitenbetreuung in Ludwigsburg ab
01.01.2012 Vorl.Nr. 444/11

Beschluss:

1. Die Elternbeiträge für die Kernzeitenbetreuung im Rahmen der Verlässlichen Grundschule werden ab dem 01.01.2012 um ca. 4 % von einem Regelbetrag von 62,50 € auf 65 € erhöht.
2. Die Mehreinnahmen durch die Erhöhung der Elternbeiträge werden ausschließlich für den weiteren quantitativen und qualitativen Ausbau der Kernzeitenbetreuung verwendet.
3. Der Fachbereich Bildung, Familie, Sport wird ermächtigt, auf der Grundlage der in der Vorlage Nr. 508/09, S. 6, dargelegten und vom Ausschuss Bildung, Sport und Soziales am 09.12.2009 beschlossenen Leitlinien bei Bedarf bis zu drei weitere Kernzeitengruppen pro Jahr einzurichten.
4. Der Fachbereich Bildung, Familie, Sport wird ermächtigt, bei Bedarf bis zu drei weitere Nachmittags- und Spätbetreuungsgruppen – finanziert durch Elternbeiträge – einzurichten.
5. Der Fachbereich Bildung, Familie, Sport berichtet jährlich über den quantitativen und qualitativen Ausbau der Schulkindbetreuung an Ludwigsburger Grundschulen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Die Ziffern 1 bis 4 werden en bloc und Ziffer 5 getrennt zur Abstimmung gestellt.

Die Ziffern 1 bis 4 werden mit 8 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Ziffer 5 wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Glasbrenner (entschuldigt)

Beratungsverlauf:

Einleitend berichtet EBM **Seigfried** von einer Bürgermeisterversammlung des Kreises Ludwigsburg, bei der auch der Geschäftsführende Vertreter der Industrie- und Handelskammer teilgenommen habe. Dieser habe seinen Appell an die Bürgermeister gerichtet, die Schulkindbetreuung an Schulen weiter auszubauen, da die Unternehmen weitere Plätze benötigten. EBM Seigfried spricht vor diesem Hintergrund die schwierige Situation der Finanzierung an und erklärt, dass man in Ludwigsburg mit den zur Verfügung stehenden Mitteln ein gutes, erfolgreiches Modell schaffen konnte.

Stadtrat **Kromer** betrachtet in der nachfolgenden Aussprache die vorgeschlagenen Maßnahmen als Verbesserung für die Ganztagesbetreuung. Er finde es gut, dass alle Kinder in die Betreuung aufgenommen werden, deren Familien Betreuungsbedarf nachweisen könnten. Besonders erfreulich sei, dass die Leiterinnen der Kernzeitbetreuung am Handbuch des Qualitätsmanagements mitarbeiteten, was zu mehr Praxisnähe beitrage. Des Weiteren möchte er wissen, ob bei der Weiterentwicklung Flexibilisierungen im Hinblick auf unterschiedliche Betreuungsbedarfe der Familien berücksichtigt seien. Außerdem interessiert er sich für die Besetzung der Leitungsstelle an der Oststadtschule.

Für Stadtrat **Dr. Bohn** steht im Kern des Beschlussvorschlages die Erhöhung der Elternbeiträge, die er kritisch sehe und spricht sich darüber hinaus für eine Sozialstaffelung aus. Durch die Erhöhung der Beiträge und die einheitlichen Beiträge sieht er die Gefahr, dass Kinder, die es besonders nötig hätten, nicht von der Kernzeitbetreuung profitieren könnten. Darüber hinaus befürwortet er das Ziel der Verbesserung der Betreuung und wünscht sich eine neue einheitliche Struktur.

Stadträtin **Moersch** betrachtet die Ausweitung der Kernzeitbetreuung als notwendig. Gespräche mit der IHK und den Betroffenen hätten bestätigt, dass weitere Plätze erforderlich seien. Sie stimmt Dr. Bohn in Bezug auf die sinnvolle Sozialstaffelung zu, hält jedoch die gegenwärtige Erhöhung noch für akzeptabel.

Stadträtin **Steinwand** lehnt die Erhöhung der Beiträge ab. Es sei inzwischen einfacher geworden, Ganztagesbetreuung zu realisieren. Sie wünscht sich, dass die Stadt als Schulträger dies offensiv angeht und möchte den Schulentwicklungsplan noch abwarten. Das Ziel der Stadt, eine hohe Qualität in der Betreuung zu realisieren, werde befürwortet. Sie möchte wissen, wie die Betreuungskräfte in der Kernzeit eingruppiert werden und bemängelt generell das Missverhältnis von Qualifikation und Bezahlung.

Stadtrat **Heer** hält die Kernzeitbetreuung für eine gute Lösung. Er sieht dabei auch die Landesregierung und nicht ausschließlich die Stadt in der Pflicht, da hohe Kosten zu stemmen seien. Besonders wichtig sei die Betreuung in den frühen Morgenstunden. Die Erhöhung der Beiträge hält er angesichts der Leistung für angemessen und sieht bereits eine Sozialstaffelung in der Ermäßigung für das zweite Kind.

Stadträtin **Lange** lehnt die Erhöhung der Beiträge ab, da die Einkommen der Eltern dies nicht mehr tragen könnten.

Frau **Piepkorn** (FB Bildung, Familie, Sport) führt aus, dass die Leitungsstelle in der Oststadtschule besetzt werden konnte und die ausgewählte Erzieherin zum 01.01.2012 die Arbeit antritt. Es gäbe bereits Härtefallregelungen und kostenfreie Betreuung für Familien, die die Beiträge überhaupt nicht bezahlen könnten. Weiter erklärt sie, dass die Leitungen der Kernzeitbetreuungen in EG S 6 TVöD und die Zweitkräfte in S 4 TVöD eingruppiert seien. EBM Seigfried fügt hinzu, dass dies in Zukunft nicht mehr tragbar sein werde, da die Konkurrenz zwischen den Kommunen steige.

EBM **Seigfried** erklärt auf Nachfrage von Stadtrat **Kromer**, dass es nicht möglich sei, einzelne Tage, an denen aus privaten Gründen die Betreuung nicht wahrgenommen wurde, im Folgemonat gutzuschreiben. Durch die Vielzahl an zu betreuenden Kindern stünden die Kosten in keinem Verhältnis zum personellen und finanziellen Aufwand.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Ziffern 1 bis 4 der Vorl.Nr. 444/11 en bloc und Ziffer 5 getrennt im Gremium zur Abstimmung.

TOP 5

Lkw-Durchfahrtsverbot in der Solitudeallee

Vorl.Nr. 433/11

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** führt kurz in den Sachverhalt ein und verweist auf die dem Gremium vorliegenden Beratungsunterlagen.

Ein weiterer Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht.

In der nachfolgenden Aussprache spricht sich Stadtrat **Kirnbauer** dafür aus, dass die Kontrollen weiterhin stattfinden. Es sei immer noch zu erkennen, dass zu gewissen Zeiten viele LKWs fahren. Er hoffe, dass Möglichkeiten gefunden werden, die dies verhindern.

Stadtrat **Dr. Vierling** bedankt sich bei den Fraktionen, die das Thema wieder ins Gedächtnis gerufen haben. Er ist sich sicher, dass man den Anwohnern den starken LKW-Verkehr nicht dauerhaft zumuten könne. Er spricht sich dafür aus, die Kontrollintensität mindestens aufrecht zu erhalten oder zu erhöhen und diese auch in der Hohenzollernstraße durchzuführen. Nähere Informationen wünscht er sich über die Ahndung von Verstößen.

Stadtrat **Heer** bemängelt, dass die Anstrengungen nicht ausreichen, um die Beeinträchtigungen der Anwohner zu reduzieren. Er erkundigt sich nach den Geschwindigkeitsüberschreitungen in diesem Bereich und fordert dazu auf, die Kontrollen zu verstärken und weitere Lösungen zu finden. Er könnte sich vorstellen, dass dazu die Zahl der Ausnahmegenehmigungen reduziert werden müsse.

EBM **Seigfried** erklärt, dass die Situation bereits verbessert werden konnte und weist darauf hin, dass eine lückenlose Überwachung nicht möglich sei. Die Bevölkerung habe diese Verbesserung eingeräumt. Er sichert zu, dass die Überwachung weiter fortgesetzt werden solle, aber man auch auf die Zusammenarbeit mit der Polizei angewiesen sei.

Stadträtin **Moersch** sieht zwar auch die Verbesserung, weist jedoch deutlich darauf hin, dass die Anzahl der Ausnahmegenehmigungen mit den durchfahrenden LKWs nicht deckungsgleich sein könne. Vor diesem Hintergrund zweifelt sie die Echtheit mancher Ausnahmegenehmigungen an. Sie wünscht sich, neben der Solitudeallee, auch die Hohenzollernstraße vermehrt zu kontrollieren.

Herr **Müller** (FB Sicherheit und Ordnung) erklärt, dass die Kontrollen im Jahr 2012 weiter fortgesetzt würden und diese schwerpunktmäßig in den Abendstunden durchgeführt werden sollen. Kopien von Ausnahmegenehmigung hält er für unwahrscheinlich, da die Polizei diese Urkundenfälschung erkennen und zur Anzeige bringen würde. Er versteht den Wunsch nach engmaschigeren Kontrollen, weist aber auch darauf hin, dass die Ausnahmegenehmigungen für die Unternehmen erforderlich seien.

Auf Nachfrage von Stadtrat **Heer** erklärt Herr **Müller**, dass man die Radarkontrollen in diesem Bereich intensiviert habe und dabei auch der städtische Vollzugsdienst eingesetzt werde.

Außerhalb der Tagesordnung:

- 1.) EBM **Seigfried** teilt dem Gremium mit, dass das Kultusministerium dem Antrag des Goethe-Gymnasiums auf Einrichtung eines bilingualen Zuges Französisch zugestimmt hat. Der Zug wurde bereits in diesem Schuljahr eingerichtet.
- 2.) Weiter erklärt EBM **Seigfried**, dass der Jugendtreff „Pasta“ im Campus auf Grund eines Wasserschadens im Dach vorübergehend geschlossen werden musste, da er unter Wasser gestanden sei und die Schäden ausgebessert werden müssten. In diesem Zuge werde ebenfalls die Heizung repariert. Man strebe eine baldige Wiedereröffnung an.

Beratungsverlauf:

Der Antrag der Stadträte Glasbrenner (FW) und Noz (CDU) vom 15.09.2011, Vorl.Nr. 392/11 ist mit Mitteilungsvorlage Nr. 433/11 und Berichterstattung und Beratung im Gremium erledigt.

Siehe Beratungsverlauf des Tagesordnungspunktes 5, Vorl.Nr. 433/11.